



über die
5. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Dienstag, dem 13.11.2007
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:05 Uhr
Ende: 17:00 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD

Frau Christel Ciecior
Frau Britta Dreher
Frau Marion Dyduch
Frau Petra Hartig
Herr Heiko Klanke
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Annette Mann
Herr Jochen Müller
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Herr Ralf Eisenhardt
Herr Reinhard Hasler
Herr Heinrich Kissing
Herr Karl-Adolf Schneider
Herr Wilfried Weigel

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

FDP

Herr Detlef Knop

BG (neu)

Herr Dieter Kloß

fraktionslos

Herr Klaus-Dieter Grosch

Verwaltung

Herr Jochen Baudrexl
Herr Reiner Brüggemann
Frau Ingelore Peppmeier
Frau Sonja Richard
Herr Ronald Sostmann
Herr Ralf Tost

Entschuldigt fehlten

Herr Dieter Drescher
Herr Dr. Jörg Frey
Frau Ina Scharrenbach

Herr Bürgermeister Hupe begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Der Tagesordnungspunkt 2 der öffentlichen Sitzung Änderung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Kamen wurde einvernehmlich ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.
Weitere Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Regionales Einzelhandelskonzept für das östliche Ruhrgebiet und angrenzende Bereiche hier: Beschluss der Fortschreibung 2007	089/2007
2	Änderung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Kamen	094/2007
3	Betriebsergebnisse der gebührenfinanzierten Kommunaleinrichtungen	087/2007
4	Energiebericht der kommunalen Liegenschaften	
5	Bürgeranregung kommunales Bündnis Kryorecycling	102/2007
6	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
089/2007

Regionales Einzelhandelskonzept für das östliche Ruhrgebiet und angrenzende Bereiche
hier: Beschluss der Fortschreibung 2007

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt das „Regionale Einzelhandelskonzept für das östliche Ruhrgebiet und angrenzende Bereiche“ (REHK), Fortschreibung 2007, zustimmend zur Kenntnis.

Die interkommunale Vereinbarung gem. Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.06.2001 bleibt bestehen.

Die Stadt Kamen wird weiterhin im Arbeitskreis REHK mitwirken und bei der Umsetzung der beschlossenen Zielsetzung mitarbeiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.
094/2007

Änderung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Kamen

ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 3.
087/2007

Betriebsergebnisse der gebührenfinanzierten Kommunaleinrichtungen

In seinen Ausführungen zu den gebührenfinanzierten Einrichtungen ging Herr **Baudrexl** auf den Bereich der Abfallbeseitigung ein. Er wies darauf hin, dass die Mehraufwendungen sich nicht auf die Aktion Saubere Stadt beziehen, sondern durch Kostensteigerungen der Wertstoffhöfe verursacht seien. Geringere Tonnagen im Restmüllbereich hätten zudem zu verminderten Gebührenerlösen geführt. Die bei der Position Altpapiererlöse ausgewiesene Senkung von knapp 100.000 € sei ausschließlich auf buchhalterische Kontierungen zurückzuführen. Die Altpapiererlöse seien faktisch stabil. Der Kreis habe bei der Kreiseinheitsgebühr Verrechnungen vorgenommen, die abrechnungstechnisch und buchhalterisch den Altpapiererlösen zugeordnet worden seien.

Herr **Hasler** bewertete die Betriebsergebnisse als positiv. Insgesamt seien die Gebühren gut kalkuliert worden. Unter Berücksichtigung des Müllvolumens sei im Bereich der Abfallbeseitigung die Unterdeckung von ca. 83.000 € vertretbar. Des weiteren habe er positiv vermerkt, dass im Bereich der Märkte die Mehrkosten nicht den Händlern auferlegt wurden. Ein Anstieg der Kosten im Bereich der Straßenreinigung ließe sich bedingt durch den strengen Winter ebenfalls erklären. Beim Rettungsdienst wisse er, sei eine verlässliche Kalkulation nicht möglich. Durch die Überdeckung werde hier keine weitere Belastung für den Gebührenschuldner erfolgen, was er begrüße. Ebenfalls habe er festgestellt, dass im Bereich Bestattungswesen trotz Kostenreduzierung von knapp 50.000 € eine Unterdeckung zu

verzeichnen sei. Die Entwicklung dieser Gebührenart müsse weiter beobachtet werden.

Frau **Dyduch** sah in der vorgelegten Betriebsabrechnung für Gebühren einen Indikator für zukünftige Entwicklungen. Insbesondere bei der Kalkulation der Bestattungsgebühren für die nächsten Jahre müsse man sich über bestimmte Positionen Gedanken machen.

Seitens der Verwaltung, so Herr **Baudrexl**, sei man im Bereich Bestattungswesen bemüht, die Kosten nachhaltig zu reduzieren. Bezüglich der Unterdeckung hätte auch die geringere Anzahl an Bestattungen eine entscheidende Rolle gespielt. Es sei aber beabsichtigt, strukturelle Veränderungen zu erreichen, um so mehr Stabilität bei der Gebührenkalkulation zu erhalten.

Herr **Grosch** erkundigte sich nach den Personalkosten für Praktikanten im Bereich Rettungswesen und deren Ansatz in der Betriebsabrechnung.

Herr **Baudrexl** wies auf eine relativ hohe Personalfuktuation beim Rettungswesen hin. Aus diesem Grund würden zusätzlich Praktikanten eingesetzt. Man verfolge damit das Ziel einer eventuellen Anstellung bei Bewährung.

Herr **Brüggemann** ergänzte, dass das Praktikum neben der schulischen Ausbildung Bestandteil der Ausbildung zum Rettungsassistenten sei. Die Einstellung von Praktikanten sei insofern ein erprobtes System.

Zu TOP 4.

Energiebericht der kommunalen Liegenschaften

Herr **Baudrexl** gab eine Analyse zu dem vorgelegten Energiebericht, der als Informationsinstrument für die Produktverantwortlichen und die Kommunalpolitiker zu verstehen sei. Neben dem Aspekt der Kostenreduzierungs spiele der Klimawandel und der Verbrauch von Ressourcen unter ökologischen Gesichtspunkten eine große Rolle. Gleichzeitig würden auch Verbrauchsentwicklungen bei den kommunalen Liegenschaften skizziert. Darüber hinaus stelle der Bericht ein ergänzendes Zahlenwerk zum NKF-Berichtswesen dar. Es sei beabsichtigt, den Energiebericht zu einem Gebäudebericht weiterzuentwickeln.

Er wies darauf hin, dass die Verbräuche der Jahre 2000 bis 2006 witterungsbereinigt seien, um vergleichbare Werte zu haben. Des weiteren habe man einige Schulgebäude und Sporthallen aufgrund der baulichen Beschaffenheit nicht getrennt erfassen können. Neben den Wärme- und Energiekosten seien auch CO²-Emissionen berücksichtigt worden.

Zum Thema Energiesparcontracting führte Herr Baudrexl aus, dass Maßnahmen, die gemeinsam mit den GSW realisiert worden seien, ebenfalls in den Bericht mit aufgenommen wurden. Insoweit liefere der Energiebericht einen Sachstand zu dem von der CDU gestellten Antrag. Generell seien Energiesparcontractings jedoch anlassbezogen und würden bei anstehenden Heizungsanlagensanierungen geprüft. Als aktuelles Beispiel nannte er das Feuerwehrgerätehaus in Südkamen, für das gemeinsam mit den GSW ein Contracting erarbeitet wurde. Weitere Maßnahmen seien angedacht.

Herr Baudrexl warnte davor, lediglich Verbrauchswerte zu beurteilen und Betriebs- und Nutzungszeiten bei der Analyse zu einzelnen Gebäuden

unberücksichtigt zu lassen.

Es sei geplant, qualifizierte Energiepässe für die kommunalen Liegenschaften erstellen zu lassen, die auch öffentlich einsehbar sein sollen.

Frau **Dyduch** stellte für SPD-Fraktion fest, dass der Energiebericht eine gute Arbeitsgrundlage darstelle. Es werde deutlich, welche wichtige Rolle die Kosten der einzelnen Energieverbräuche für die Bewertung der kommunalen Liegenschaften spielten. Mit dem Bericht verbinde sie die Hoffnung, dass unter ökologischen Gesichtspunkten das Bewußtsein, Energie zu sparen mit dem Ziel der Kostenkompensierung, geschärft werde.

Herr **Kühnapfel** begrüßte den von der Verwaltung vorgelegten Energiebericht. Er sehe in dem Zahlenwerk eine gute Steuerungs- und Entwicklungsbasis. Jedoch fehle seiner Meinung nach ein Bericht zum städtischen Fuhrpark im Hinblick auf den CO²-Ausstoß der einzelnen Fahrzeuge. Er bezog sich dabei auf einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Es sei wünschenswert, entsprechende Angaben durch die Verwaltung zu bekommen.

Herr **Baudrexl** entgegnete, dass sich seit seinem Bericht im Planungs- und Umweltausschuss am 15.03.2007 keine Veränderungen bei den städtischen Fahrzeugen ergeben hätten. Unabhängig davon würden bei Neuanschaffungen der jeweilige Verbrauch und CO²-Ausstoß berücksichtigt.

Herr **Kissing** führte aus, dass beim Vergleich der einzelnen Verbräuche Spitzen erkennbar seien. Er bezog sich dabei auf das Feuerwehrgerätehaus in Südkamen, wo der Wasserverbrauch von ca. 150 l/m³ auf ca. 350 l/m³ zugenommen hätte. Er hinterfragte, ob aus dem jetzt vorliegenden Zahlenwerk bereits Konsequenzen gezogen wurden und, ob der Energiebericht unter fachlicher Begleitung von z. B. Ingenieurbüros zustande gekommen sei.

Zu den aufgeworfenen Fragen erwiderte Herr **Baudrexl**, dass der Bericht selbst erarbeitet wurde. Der sich daraus ergebende Handlungsbedarf werde zukünftig bei anstehenden Bau- bzw. Sanierungsmaßnahmen berücksichtigt.

Ihm sei aufgefallen, so Herr **Grosch**, dass einige Kennwerte erheblich voneinander abweichen würden. Er bat gegebenenfalls um Klärung.

Unterschiedliche Verbräuche ließen sich, so Herr **Baudrexl**, an vielen Stellen durch eine differenzierte Nutzungsabhängigkeit erklären. Er wies nochmals darauf hin, dass nicht allein nur Verbrauchswerte aussagekräftig sein, vielmehr müsse immer auch die Nutzungsintensität der einzelnen städtischen Gebäude und Einrichtungen zugrunde gelegt werden.

Herr **Knop** erkundigte sich, ob neben den städtischen Gebäuden u.a. auch Spielplätze und Ampelanlagen überprüft und ausgewertet wurden.

Dem stimmte Herr **Baudrexl** zu. Zur weiteren Beratung schlug er vor, den Energiebericht im nächsten Jahr als Tagesordnungspunkt im Planungs- und Umweltausschuss vorzusehen.

Herr **Kissing** sah in der vorgelegten Datensammlung einen ersten Schritt zur Erfassung energetischer Verbrauchswerte sämtlicher kommunaler Einrichtungen. Jedoch erwarte er weitere Schritte, insbesondere eine

energiewirtschaftliche Bewertung mit anschließender Prioritäten- und Investitionsrahmenfestlegung. Somit sei mit dem Energiebericht nur ein Teil des Antrages der CDU-Fraktion zum Thema Energiesparcontracting umgesetzt.

Herr **Baudrexl** erwiderte, dass der Energiebericht unabhängig vom CDU-Antrag zu sehen sei. Mit dem Antrag sei eine Prüfung, dass bei neuen Maßnahmen Energiesparcontracting umzusetzen sei, verbunden gewesen. Als Beispiel nannte er den Bau des Feuerwehrgerätehauses in Südkamen, bei dem ein Contracting mit den GSW eingegangen wurde.

Herr **Hupe** bemerkte ergänzend, dass auch Ressourcen erforderlich sein müssten, um entsprechende Maßnahmen umsetzen zu können.

Herr **Baudrexl** führte weiter aus, dass der Energiebericht u.a. dazu diene, Schwachstellen heraus zu kristallisieren, die dann seitens der Verwaltung schwerpunktartig abgearbeitet würden mit dem Ziel, qualifizierte Energieausweise ausstellen zu lassen.

Für ihn sei, so Herr **Kissing**, das Thema Energieeinsparmaßnahmen bei städtischen Gebäuden noch nicht abgeschlossen und müsse weiter beraten werden.

Herr **Baudrexl** gab zu bedenken, dass in den letzten Jahren die Personaldecke immer mehr ausgedünnt wurde, wichtige Aufgaben seien trotzdem umgesetzt worden. Diesen Aspekt sollte man bei den Anforderungen an die Verwaltung berücksichtigen.

Zu TOP 5.
102/2007

Bürgeranregung kommunales Bündnis Kryorecycling

Herr **Hupe** stellte nach kurzer Diskussion im Ausschuss fest, dass allein aus formalen Gründen die Bürgeranregung auf die Tagesordnung genommen wurde. Er habe registriert, dass die Mitteilungsvorlage durch den Ausschuss zur Kenntnis genommen wurde. Er werde entsprechend der dargestellten Verfahrensweise das Anliegen des Petitionsnehmers an den Kreis Unna weiter leiten.

Zu TOP 6.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen lagen nicht vor.

gez.
Hupe
Bürgermeister

gez.
Tost
Schriftführer